



Liebe Leser,
im Blauen Rundbrief der Woche informieren wir Sie fortlaufend über die aktuellen Presse- und sonstigen Mitteilungen der Alternative für Deutschland, Sachsen und aus Ihrem Kreisverband.

Inhaltsverzeichnis

Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen	4
Unser Bundestagskandidat im Wahlkreis 160 Dresden II / Bautzen II, Dipl. Ing. Holger Prade steht Ihnen Rede und Antwort	4
PRESSEMITTEILUNGEN der Landtagsabgeordneten aus dem Kreis Bautzen	4
AfD-Anfrage: Gefährdung von Kindern im Lockdown drastisch gestiegen	4
Nicht nur ankündigen, sondern auch zeitnah umsetzen!.....	5
Pfuscher am Bau oder wer trägt hier die Verantwortung?.....	5
Termine – Kreisverband Bautzen.....	6
Hilse aktuell - Bericht aus dem Bundestag	7
Jetzt AfD-Mitglied werden!.....	8
Webseite Karsten Hilse, MdB	8
Neues von der AfD Sachsen und der Fraktion im Sächsischen Landtag	8
Vorsicht, Post aus Sachsen! Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 15.8.2021	9
PRESSEMITTEILUNGEN vom 16.8.2021	10
Asyl-Chaos: 2.459 Straftaten durch ausreisepflichtige Asylbewerber	10
Gelten Grundrechte für alle? Party erlaubt, Impf-Demo verboten	11
PRESSEMITTEILUNGEN vom 17.8.2021	12
Fünf Millionen afghanische Flüchtlinge kann Deutschland nicht aufnehmen.....	12
Nachteile für Ungeimpfte: AfD plant Verfassungsklage	12
PRESSEMITTEILUNGEN vom 18.8.2021	13
Energiewende gescheitert: Experte plädiert für Kernkraft	13
PRESSEMITTEILUNGEN vom 19.8.2021	14
Nordafrikaner belästigen Frau: Täter waren ausreisepflichtig	14
Diskriminierung von Ungeimpften verstößt gegen Resolution des Europarates	14
Neues von der Alternative für Deutschland	15



PRESSEMITTEILUNGEN vom Wochenende 14./15.8.2021	15
Asylmoratorium jetzt!	15
Benzinpreise klettern auf 7-Jahres-Hoch, den Grünen reicht das nicht!	16
PRESSEMITTEILUNGEN vom 16.8.2021	16
Regierung tritt nächste Migrationswelle los!	16
Bundesregierung muss Grenzschutz veranlassen und sich für Afghanistan-Konferenz einsetzen!	17
PRESSEMITTEILUNGEN vom 17.8.2021	17
2015 darf sich nicht wiederholen!	17
Finger weg von unseren Kindern!	18
Alice Weidel zur Afghanistan-Politik der Bundesregierung	19
PRESSEMITTEILUNGEN vom 18.8.2021	19
Björn Höcke: 3 Gründe, warum mir die Sicherheit der Deutschen wichtiger ist, als die der Afghanen!	19
EU rollt neuer Migrationswelle roten Teppich aus	20
Subventionsbericht zeigt Marktverzerrung durch Klimaplanwirtschaft	21
Neues von der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	22
PRESSEMITTEILUNGEN vom 17.8.2021	22
Bundesregierung muss migrationsmindernde Entwicklungszusammenarbeit mit Zentralasien aufnehmen	22
Täter-Opfer-Beziehungen bei Straftaten zeigen traurige Realität der Ausländerkriminalität	22
Höhere Förderung von Tierwohlställen ist wichtiges Signal für Landwirte	23
Es gibt kein „Entgegenkommen“ bei der Gesundheit unserer Kinder	23
Katastrophales Krisenmanagement der Bundesregierung gefährdet Menschenleben	24
PRESSEMITTEILUNGEN vom 18.8.2021	24
Entscheidung von Karlsruhe zum hohen Zinssatz bei Steuernachzahlungen ist richtig und wichtig	24
Brüssel ist beim Thema Afghanistan abgetaucht	25
PRESSEMITTEILUNGEN vom 19.8.2021	25
USA verteilen Afghanen in die Welt	25
Keine Aufnahme von afghanischen Flüchtlingen in Deutschland	26
Deutsche Soldaten sofort aus Mali abziehen	26
Video-Empfehlungen	27
Kanal der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag	27
Kanal der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	27



Kanal von AfD Kompakt TV	27
Wochenendpodcast der AfD.....	27
AfD im EU-Parlament.....	27
Meldungen aus Deutschland und der Welt	28
Vermischtes aus Deutschland und der Welt.....	28
Die Taliban sind in Kabul.....	28
Einmarsch der Taliban: Chaotische Szenen in Kabul – Trump fordert Biden zum Rücktritt auf	28
Afghanistan-Desaster: Massive Kritik an Joe Biden.....	28
Taliban erbeuten massenweise US-Waffen.....	28
Jetzt beginnt wieder die Hölle für Mädchen und Frauen unter der Taliban-Herrschaft	28
„Biden gab Taliban grünes Licht“	28
Informationen zum Coronavirus	28
Robert Koch-Institut: COVID-19-Dashboard	28
Johns Hopkins Universität: COVID-19-Dashboard	28
Aktuelle Belegungssituation intensivmedizinischer Bereiche der Krankenhaus-Standorte Deutschlands	28
Über 10.000 „Impfdurchbrüche“ – RKI fordert PCR-Tests für Geimpfte mit Symptomen.....	28
Medizinischer Leichtsinn pur: Corona-»Impfung« im Supermarkt.....	28
Corona-Infos für Sachsen	29
Sächsische Corona-Schutz-Verordnung.....	29
Corona-Schutz-Verordnungen und Informationen für den Landkreis Bautzen	29
Corona-Statistik Landkreis Bautzen	29
Unschöne Nachrichten ... aus der Kategorie „Bereicherung“	29
SCHLÄGEREI MIT POLIZISTEN: STRAFE FÜR DIE PRÜGEL-BRÜDER.....	29
Clan-Mitglieder verprügeln Friedhof-Chef, weil ihre Autos nicht auf Friedhof durften.....	29
Aldi-Filiale in Köln überfallen! Mann mit Messer nimmt Frau als Geisel	29
Fakten in Bildern	30
Achtung Satire!	31
Kommunalmandate im KV Bautzen	32
PRESSE-ARCHIV.....	32
SPENDENKONTO.....	32
KONTAKT:.....	32



Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen

Unser Bundestagskandidat im Wahlkreis 160 Dresden II / Bautzen II, Dipl. Ing. Holger Prade steht Ihnen Rede und Antwort



Termine Bürgerfragestunde

Ort: Radeberg, Dresdner Straße 7

Samstag, 21. August 2021, 13 Uhr bis 15 Uhr

Samstag, 28. August 2021, 13 Uhr bis 14 Uhr

Herr Prade war viele Jahre Unternehmer, ist Zertifizierter Sachverständiger, schreibt Bücher und arbeitet seit 2017 als Büroleiter im Deutschen Bundestag.

Er ist Listenkandidat für die Bundestagswahl am 26. September 2021 im Wahlkreis Dresden II - Bautzen II, WK 160.

Schauen Sie doch einfach mal vorbei. Wir freuen uns auf Sie und Ihre Fragen.

Dipl. Ing. Holger Prade

PRESSEMITTEILUNGEN der Landtagsabgeordneten aus dem Kreis Bautzen

AfD-Anfrage: Gefährdung von Kindern im Lockdown drastisch gestiegen

Eine AfD-Anfrage (7/7372) deckte auf, dass die akute und die latente Kindeswohlgefährdung im letzten Jahr von 2.272 auf 3.146 Fälle gestiegen ist – eine Steigerung um 38,5 Prozent.



[Doreen Schwietzer](#), familienpolitische Sprecherin der AfD-Fraktion, erklärt:

„Wir haben vor dieser dramatischen Entwicklung immer gewarnt, nun ist es traurige Gewissheit: Der Lockdown hat erhebliche Kollateralschäden in unserer [Gesellschaft](#) angerichtet. Durch Ausgangssperren, Schulschließung, Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit hat sich in vielen Familien ein enormes Aggressionspotential aufgebaut, unter dem besonders die Kinder zu leiden hatten.

Ich erwarte nun von der Landesregierung, dass sie nie wieder zu der Holzhammer-Methode des Lockdowns greift. Zumal die Begründung dafür zusammengefallen ist. Recherchen der

WELT haben gezeigt, dass die Intensivstationen in Deutschland im letzten Winter ihre Bettenzahl kleingerechnet hatten und in Wirklichkeit insgesamt zu keiner Zeit überlastet waren. Zudem sind



mittlerweile alle Risikogruppen geimpft und schwere Krankheitsverläufe dürften in der kalten Jahreszeit weniger stark zunehmen.

Bei unserer Anfrage finde ich es zudem äußerst fragwürdig, dass gleichzeitig mit ihrer Beantwortung das statistische Landesamt eine eigene Pressemitteilung mit denselben Zahlen herausgegeben hat. Offenbar hat das CDU-Innenministerium die Behörde angewiesen, der AfD das Thema wegzunehmen, damit unsere Partei bei der Veröffentlichung in den Medien nicht genannt werden muss.“

Doreen Schwietzer, MdL

18.8.2021

<https://afd-fraktion-sachsen.de/afd-anfrage-gefaehrung-von-kindern-im-lockdown-drastisch-gestiegen/>

Nicht nur ankündigen, sondern auch zeitnah umsetzen!

Sachsen hat weitere konkrete Projekte für den Strukturwandel in den Braunkohlerevieren vorangebracht. Eine Interministerielle Arbeitsgruppe (IMAG) mit Vertretern aller Ministerien hat unter Leitung des Staatsministeriums für Regionalentwicklung neun Projekte ausgewählt. Darunter auch die Neuansiedlung der Landesuntersuchungsanstalt für das Gesundheits- und Veterinärwesen (LUA) in Bischofswerda.

Dazu kommentiert der Wahlkreisabgeordnete (AfD) Frank Peschel:

„Ich freue mich sehr, dass das Sächsische Staatsministerium für Regionalentwicklung die Neuansiedlung der Landesuntersuchungsanstalt für das Gesundheits- und Veterinärwesen (LUA) in Bischofswerda weiter vorantreibt. Dies ist ein deutliches Zeichen für den ländlichen Raum - ganz speziell für Bischofswerda.

Mit dieser Ansiedlung werden in der Stadt neue hochqualifizierte Arbeitsplätze aus den Bereichen der Human- und Veterinärmedizin sowie der Lebensmitteluntersuchung geschaffen. Der Umzug der LUA wird sowohl für die Mitarbeiter, aber auch für die Stadt Bischofswerda eine Bereicherung sein. Die liebenswerte Stadt ist familienfreundlich und verkehrstechnisch auch gut aus Dresden erreichbar. Jeder neue Einwohner ist herzlich willkommen.

Wichtig ist nun, dass dieses Projekt auch zeitnah umgesetzt wird. Bezugnehmend auf meine Kleine Anfrage (Drs7/6710) muss der Freistaat Sachsen nun verbindlich einen Fertigstellungstermin nennen und die von der Stadt Bischofswerda angebotene Immobilie erwerben. Ankündigungen aus Dresden reichen nicht mehr aus, jetzt müssen Tatsachen geschaffen werden.“

Frank Peschel, MdL

16.8.2021

Pfusch am Bau oder wer trägt hier die Verantwortung?

Aufgebrachte Anwohner der Salauer Straße (K9222) in Wittichenau haben den Wahlkreisabgeordneten der AfD, Timo Schreyer, über aus ihrer Sicht unhaltbare Zustände bei der Straßensanierung informiert.



Nach einem kurzfristigen Vorortbesuch stellte der Abgeordnete Timo Schreyer fest, dass die nur ca. 4 cm starke Verschleißschicht aus Bitumen abgefräst war und sich darunter eine nicht tragfähige alte Plasterschicht befindet. Angedacht ist nun, nur wieder 4 cm Asphalt aufzubringen. Hier ist selbst dem baufachlichen Laien klar, dass das niemals länger hält als 1-2 Jahre. Danach muss wieder saniert werden, zu Lasten der Steuerzahler.

Der AfD-Abgeordnete kann sich nicht vorstellen, dass ein seröser Baubetrieb dafür die Gewährleistung übernimmt. Als einziger Grund für diesen Baupfusch vermutet der Abgeordnete Timo Schreyer derzeit die finanzielle Situation des Landkreises Bautzen.

Wieder zeigt sich, es wird zu Lasten der Steuerzahler gespart, obwohl genügend Geld in der Staatskasse ist. Dieses wird jedoch für die personelle Aufstockung der Ministerien und der Erhöhung der Abgeordnetengehälter zweckentfremdet.

Schreyer fordert daher persönliche Haftung durch den Auftraggeber bis ins Privatvermögen für den ausgelösten Straßensanierungsauftrag und eine finanzielle Aufstockung der Mittel für die Landkreise für wirklich notwendige Maßnahmen.

Timo Schreyer, MdL
13.8.2021

Termine – Kreisverband Bautzen



Sa	21.08.21	13.00-15.00 Uhr	Bürgerbüro Dresdner Str. 7 01454 Radeberg	BÜRGERFRAGESTUNDE Holger Prade, Listenkandidat zur Bundestagswahl im Wahlkreis Dresden II/Bautzen II Wahlkreis 160
Mo	23.08.21	19.00 Uhr	Residence Hotel Bautzen Wilthener Str. 32 02625 Bautzen	Bürgerabend - Karsten Hilse - Programm - Was die AfD wirklich will! Gastredner: Holger Prade, Bundestagskandidat im Wahlkreis BautzenII/DresdenII
Di	24.08.21	10.00-13.00 Uhr	Reichenstraße Bautzen am Reichturm	INFOSTAND AfD Kreisverband Bautzen und Karsten Hilse, MdB
Di	24.08.21	19.00 Uhr	Kulturhaus Laubusch Hauptstr. 10 02991 Lauta	Bürgerabend - Karsten Hilse - Programm - Was die AfD wirklich will!
Mi	25.08.21	19.00 Uhr	Bautzen Kornmarkt	KUNDGEBUNG der AfD Bautzen mit Tino Chrupalla, Karsten Hilse, Jörg Urban und Henry Nitzsche
Do	26.08.21	19.00 Uhr	Blaue Kugel Hauptstr. 97 02733 Cunewalde	Bürgerabend - Karsten Hilse - Programm - Was will die AfD wirklich Gastredner: Jörg Urban, Landesvorsitzender der AfD Sachsen
Sa	28.08.21	13.00-14.00 Uhr	Bürgerbüro Dresdner Str. 7 01454 Radeberg	BÜRGERFRAGESTUNDE Holger Prade, Listenkandidat zur Bundestagswahl im Wahlkreis Dresden II/Bautzen II Wahlkreis 160
Mo	30.08.21	19.00 Uhr	Waikiki-Sportbar An den Sportanlagen 1 02699 Königswartha	Bürgerabend - Karsten Hilse - Programm - Was die AfD wirklich will!
Di	31.08.21	19.00 Uhr	Häuslerschenke Rachlau Rachlau 52 02997 Wittichenau	Bürgerabend - Karsten Hilse - Programm - Was die AfD wirklich will!
Do	02.09.21	19.00 Uhr	Sachsenkrone Poststr. 1B 01896 Ohorn	Bürgerabend - Karsten Hilse - Programm - Was die AfD wirklich will!

Alle Termine finden Sie unter: <http://www.afdbautzen.de/veranstaltungshinweise/>

[Hilse aktuell - Bericht aus dem Bundestag](#)



Jetzt AfD-Mitglied werden!

Es ist gut möglich, dass das Jahr 2021 zu einem Jahr der folgenschweren politischen Richtungs-Entscheidungen werden könnte – neben der Bundestagswahl im Herbst stehen zahlreiche Landtagswahlen in den Bundesländern an. Auf Bundesebene droht erstmals eine Regierungs-Vermählung der ohnehin vergrüneten Merkel-CDU mit den Grünen. Dieses Szenario wollen wir unbedingt verhindern – und vor allem für eine noch stärkere AfD im Bundestag sorgen! Hier ist Ihre Gelegenheit, uns dabei zu unterstützen und Teil einer großartigen Gemeinschaft zu werden!

Acht Jahre nach ihrer Gründung am 6. Februar 2013 ist die AfD mit rund 32.000 Mitgliedern bereits eine große Familie, die für eine grundlegende politische Erneuerung eintritt. Doch diese Familie könnte noch größer sein! Jedes einzelne Mitglied ist von großem Nutzen, denn im Vergleich zu den alten Ex-Volksparteien haben wir bei den Mitgliederzahlen immer noch eine große Wachstumsphase vor uns. Und falls Sie sich noch nicht endgültig für einen Beitritt entscheiden möchten: Schauen Sie doch einmal bei einer AfD-Veranstaltung in Ihrem Umkreis vorbei und machen Sie sich selbst ein Bild! Oder noch besser: Füllen Sie hier gleich Ihren Mitgliedsantrag aus und leisten Sie damit Ihren Beitrag dazu, dass Deutschland eine freie, rechtsstaatliche und lebenswerte Zukunft haben wird: www.jetztafd.de



Webseite Karsten Hilse, MdB

Die Internetseite unseres Bundestagsabgeordneten Karsten Hilse ist online.

Unter www.karstenhilse.de können Sie sich immer über ihn und seine Arbeit informieren.



Neues von der AfD Sachsen und der Fraktion im Sächsischen Landtag



Vorsicht, Post aus Sachsen!

Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 15.8.2021

Liebe Freunde, liebe Leser,

Deutschland fehlen die Azubis. Noch nie gab es weniger abgeschlossene Ausbildungsverträge, meldete das Statistische Bundesamt vor wenigen Tagen alarmistisch. Ein „historischer Tiefstand“ sei erreicht.

Welche übereilte Schlussfolgerung viele Politiker daraus ziehen werden, ist klar: Der Ruf nach ausländischen Fachkräften dürfte in den nächsten Tagen und Wochen wieder lauter werden.

Dabei liegen die Gründe der Misere unseres einstigen Erfolgsmodells der dualen Ausbildung ganz woanders. Die IHK Chemnitz hat zunächst einmal Recht, wenn sie auf die coronabedingten Sondereffekte hinweist.



Neben dem Schulausfall fehlten auch die Berufsorientierung und die Praktika, die Jugendliche und Unternehmen zusammenbringen. Sehr viele Absolventen hätten sich daher aus Orientierungslosigkeit für ein Freiwilliges Soziales Jahr oder eine andere Überbrückung entschieden. Sie fehlen nun gerade dem Mittelstand und Handwerk, die händeringend Nachwuchs suchen.

In anderen Branchen wie der Gastronomie und dem Tourismus lag es an der generellen Zukunftsungewissheit, dass keine Lehrverträge vergeben wurden. Alles nur mit Corona zu erklären, greift jedoch zu kurz.

Der Abwärtstrend bei der Ausbildung hält schließlich schon länger an. Bis zum Jahr 2000 gab es in Deutschland rund 1,7 Millionen Auszubildende. 2019 waren es bereits 25 Prozent weniger. Statt vier Azubis stehen jedem Unternehmen also durchschnittlich nur noch drei zur Verfügung.

Währenddessen stieg die Zahl der Studenten sprunghaft an und beträgt inzwischen drei Millionen. Die Hauptursache des Fachkräftemangels ist also eindeutig die Überakademisierung.

Zugespitzt: Statt Industriemechaniker, Pfleger und Erzieher anständig auszubilden, glaubt Deutschland jedes Jahr Zehntausende neue Soziologen, Juristen und Betriebswirte zu benötigen.

Das hat meines Erachtens zu einer eklatanten Schieflage geführt: Viele der Akademiker üben später Tätigkeiten aus, für die kein Studium erforderlich gewesen wäre. Zugleich gibt es einen tatsächlichen Fachkräftemangel in handwerklichen und sozialen Berufen.

Einfach zu beheben wäre dieser Fachkräftemangel, wenn wir das Niveau an unseren Schulen anheben, die naturwissenschaftlichen Fächer stärken und die Praxisangebote ausbauen.



Im zurückliegenden Schuljahr erreichten 487 sächsische Abiturienten die Traumnote von 1,0. 2012 waren es lediglich 33. Wir haben also innerhalb von neun Jahren fast 15-mal mehr herausragende Abschlüsse zu verzeichnen.

Das freut mich für die Schüler und ich möchte ihre Leistungen auch nicht schmälern. Dennoch glaube ich an keine Leistungs- oder Intelligenzexplosion. Ich gehe eher davon aus, dass die sehr guten Ergebnisse die Folge einer Absenkung der Anforderungen sind.

Darüber hinaus wird inzwischen jeder zweite Grundschüler nach der vierten Klasse auf das Gymnasium geschickt. Das ist in Sachsen leider sogar dann möglich, wenn der Notenschnitt dafür eigentlich nicht gereicht hat und die Lehrer die Oberschule empfehlen.

Angesichts dieser Zustände braucht sich niemand zu wundern, wenn wir in vielen Bereichen nicht mehr genug Auszubildende finden. Die sächsische AfD-Fraktion fordert daher eine verbindliche Bildungsempfehlung mit einem Notendurchschnitt von 1,5.

Bei den Unterrichtsfächern sollte indes mehr Gewicht auf Mathematik, Naturwissenschaften wie Biologie und Sport gelegt werden. Bei ideologischen Fächern wie Gemeinschaftskunde sehen wir hingegen Kürzungspotential.

63 Prozent der offenen Stellen in Deutschland entfallen auf Tätigkeiten, für die ein Ausbildungsabschluss ausreicht. Zum Vergleich: Für nur 18 Prozent der offenen Stellen ist ein Studium nötig. Das ist ein deutliches Signal dafür, dass den Oberschulen eine größere Bedeutung zukommen muss.

Denn stärken wir die Oberschulen, stärken wir zugleich die duale Ausbildung. Wie die Vergangenheit gezeigt hat, schaffen es danach sehr viele Facharbeiter bis zum Meister und gründen einen eigenen Betrieb.

Das muss unser Ziel sein und nur so lässt sich der „Fachkräftemangel“ beheben.

Bis nächsten Sonntag,

Ihr [Jörg Urban](#)

PRESSEMITTEILUNGEN vom 16.8.2021

Asyl-Chaos: 2.459 Straftaten durch ausreisepflichtige Asylbewerber

Abgelehnte aber dennoch geduldete Asylbewerber haben im ersten Halbjahr 2021 zahlreiche schwere Straftaten in Sachsen begangen. Laut AfD-Anfrage (7/7066) war diese Gruppe für 52 Sexualdelikte, 642 Rohheitsdelikte wie schwere Körperverletzungen und 510 Diebstähle verantwortlich.



[Sebastian Wippel](#), innenpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, erklärt:

„Den sächsischen Bürgern wäre viel Leid erspart geblieben, wenn die Regierung unter CDU-Ministerpräsident Kretschmer ausreisepflichtige Asylbewerber endlich konsequent abschieben würde. Es ist skandalös, wie fahrlässig mit der Sicherheit der Bürger umgegangen wird. Es dürfen keine Duldungen mehr erteilt werden, wenn Asylbewerber ihre Pässe wegwerfen und ihre Herkunftsländer Kriminelle nicht mehr zurücknehmen möchte.“

Dass die CDU offenbar nicht einmal gewillt ist, die schlimmsten Kriminellen in ihre Heimat zurückzuführen, habe ich in einer anderen Anfrage aufgedeckt (7/7067). In Sachsen leben aktuell 1.185 Asylbewerber, die als Mehrfach-Intensivstraftäter registriert sind. Das sind sogenannte Schutzsuchende, die mindestens fünf Straftaten oder zwei Verbrechen in einem Jahr verübt haben. Von dieser Gruppe befanden sich gerade einmal 256 in Haft und nur 34 wurden abgeschoben.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/asyl-chaos-2-459-straftaten-durch-ausreisepflichtige-asylbewerber/>

Gelten Grundrechte für alle? Party erlaubt, Impf-Demo verboten

Am Wochenende zeigte sich die ganze Scheinheiligkeit der sächsischen Corona-Politik in Leipzig: Eine Demonstration von Impfgegnern wurde vorzeitig abgebrochen, dagegen durften 1.000 Teilnehmer auf einer als Demonstration angemeldeten Tanzparty ohne Maske und Abstände feiern.

Dass laut Aerosol-Forschern die Ansteckung unter freiem Himmel fast unmöglich ist – geschenkt. Dennoch geht die Regierung offenbar gezielt gegen unliebsame Demonstranten vor und tritt deren Grundrecht auf Versammlungsfreiheit mit Füßen. Linke „Kulturschaffende“ haben derweil Narrenfreiheit.

Dabei ist das Thema Impfen hochumstrittenen, besonders seit die Regierung Druck auf [Kinder](#) und ihre Eltern ausübt. Wie wichtig die eigene Gefahrenabschätzung ist, zeigt eine aktuelle AfD-Anfrage (7/7147): Bisher starben bereits 22 Sachsen im Zusammenhang mit der Corona-Impfung und 53 mussten mit schweren Nebenwirkungen ins Krankenhaus. Gerade für junge Menschen ist das Risiko-Nutzen-Verhältnis fragwürdig.



„Den Bürgern muss ihr Grundrecht zurückgegeben werden, gegen die Impfpolitik der Regierung zu protestieren“, erklärt der Leipziger AfD-Abgeordnete, Alexander Wieser. „Unsere Verfassung gilt für alle, auch für Kritiker der Regierung. Dieser fortwährenden Aushöhlung der Demokratie wird sich die AfD-Fraktion weiter entschieden entgegenstellen.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/gelten-grundrechte-fuer-alle-party-erlaubt-impf-demo-verboden/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 17.8.2021

Fünf Millionen afghanische Flüchtlinge kann Deutschland nicht aufnehmen

Bis zu fünf Millionen weitere afghanische Flüchtlinge erwartet Bundesinnenminister Seehofer nach der Machtübernahme der islamistischen Taliban. Die ersten sind bereits in Sachsen gelandet, berichten mehrere Medien.



[Sebastian Wippel](#), innenpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, erklärt:

„Auf keinen Fall darf sich die unkontrollierte Masseneinwanderung von 2015 wiederholen. Die Regierung muss finanzielle Unterstützung leisten, damit die Afghanen in ihren muslimischen Nachbarländern eine neue Heimat finden. Im kulturfremden Deutschland haben es die oftmals bildungsfernen Afghanen schwer sich zu integrieren und selbst zu ernähren. (vgl. AfD-Antrag 6/3218 von November 2015)

Zudem hat sich gezeigt, dass die letzte Einwanderungswelle von vielen Glückrittern genutzt wurde, um sich in Deutschland kriminell bereichern zu wollen. So sind von den aktuell 1.185 Asyl-Intensivstraf Tätern in Sachsen überproportional viele aus Afghanistan (AfD-Anfrage 7/7067). Ein weiterer Kriminalitätsanstieg im Freistaat muss verhindert werden.

Zu einem späteren Zeitpunkt können dann aus den Lagern in den Nachbarländern Ortskräfte identifiziert und zuverlässige unter ihnen ausgesucht werden, die die Bundeswehr in Afghanistan unterstützt haben. Diese nunmehr politisch Verfolgten dürften die Bedingungen für Asyl in Deutschland, im Gegensatz zu vielen bisher nicht abgeschobenen Straftätern, erfüllen.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/fuenf-millionen-afghanische-fluechtlinge-kann-deutschland-nicht-aufnehmen/>

Nachteile für Ungeimpfte: AfD plant Verfassungsklage

Die Landesregierung plant Nachteile für Ungeimpfte in der neuen Corona-Verordnung. Laut LVZ sollen ab einer bestimmten Zahl von belegten Krankenhausbetten nur noch Geimpfte Zugang zu Restaurants, Hallenbädern oder Clubs haben. Die Regelung soll auch für Jugendliche ab 14 Jahren gelten.



[Frank Schaufel](#), gesundheitspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, erklärt:

„Diese Ankündigung ist nichts anderes als die Einführung einer Impfpflicht durch die Hintertür. Durch die vielen Nachteile wird der Druck auf Impf-Skeptiker massiv erhöht. Die AfD-Fraktion lehnt die Ungleichbehandlung entschieden ab und plant eine Verfassungsbeschwerde gegen die Verletzung der Grundrechte.

Besonders für kaum Corona-gefährdete junge Menschen sind Zweifel an der Impfung und eine persönliche Risiko-Nutzen-Einschätzung mehr als berechtigt. Laut einer aktuellen AfD-Anfrage (7/7147) sind bereits mindestens 22 Sachsen im Zusammenhang mit einer Corona-Impfung verstorben. Immerhin 53 mussten mit schweren Komplikationen ins Krankenhaus, darunter auch viele junge Menschen. Vor diesem Hintergrund ist der politische Druck besonders auf Jugendliche äußerst fragwürdig.

Zudem ist mittlerweile bekannt, dass auch Geimpfte das Virus weitergeben können und keinen hundertprozentigen Schutz vor schweren Erkrankungen haben.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/nachteile-fuer-ungeimpfte-afd-plant-verfassungsklage/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 18.8.2021

Energiewende gescheitert: Experte plädiert für Kernkraft

Scharfe Kritik an der [Energiewende](#) kommt aktuell vom Chef des deutschen Chemieverbandes (VCI), Christian Kullmann. Wind- und Sonnenenergie könnten keine stabile Stromversorgung garantieren, warnte Kullmann in der FAZ. Die Abhängigkeit von Stromimporten sei teuer und unsicher. Deshalb plädierte er für eine stärkere Nutzung der [Kernkraft](#).



„[Wirtschafts-](#) und Energieexperten übernehmen immer mehr die Forderung der AfD, die neuen Möglichkeiten der Kernkraft zu nutzen“, freut sich der energiepolitische Sprecher der AfD-Fraktion, [Jan Zwerg](#). „Durch die aktuellen Weiterentwicklungen können hier perspektivisch sogar die Abfälle recycelt werden.“

Wichtig ist, dass auch Experten den deutschen Alleingang bei der Energiewende kritisieren. Kein Land der Welt steigt gleichzeitig aus Kohle- und Kernenergie aus und begibt sich freiwillig in die Gefahr von massiven Stromausfällen. Genauso ist es kein Anreiz für Entwicklungsländer, mit Wohlstandsverzicht und Verboten zu agieren. Zudem ist der mittlerweile weltweit teuerste Strom in Deutschland für mögliche Nachahmer abschreckend genug.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/energiewende-gescheitert-experte-plaediert-fuer-kernkraft/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 19.8.2021

Nordafrikaner belästigen Frau: Täter waren ausreisepflichtig

Eine Frau wurde in Dresden von zwei Nordafrikanern im Bus sexuell belästigt. Eine AfD-Anfrage (7/7010) fand nun heraus, dass die Tatverdächtigen aus Tunesien und Libyen abgelehnte, ausreisepflichtige Asylbewerber sind.

„Das Leid dieser Frau hätte eindeutig vermieden werden können“, ist der Dresdner AfD-Abgeordnete, [Hans-Jürgen Zickler](#), überzeugt. „Es ist fatal, wie die CDU-Landesregierung mit der Sicherheit der Bürger umgeht. Ausreisepflichtige Asylbewerber müssen endlich konsequent abgeschoben werden.“

In Sachsen leben mittlerweile fast 15.000 Ausreisepflichtige, die meisten auf Kosten der Steuerzahler. Sogar 1.185 Asyl-Intensivstrafäter halten sich im Freistaat auf, von denen die wenigsten im Gefängnis sitzen (Drs. 7/7067). Unter diesen besonders Kriminellen befinden sich allein 189 Tunesier. Warum die Nordafrikaner mit ihrer minimalen Anerkennungsquote überhaupt in Deutschland Asyl beantragen dürfen, ist an sich schon ein Skandal, den die CDU zu verantworten hat. Die Politik der offenen Grenzen ist mehr als gescheitert.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/nordafrikaner-belaestigen-frau-taeter-waren-ausreisepflichtig/>

Diskriminierung von Ungeimpften verstößt gegen Resolution des Europarates

Die Landesregierung plant Nachteile für Ungeimpfte in der neuen Corona-Verordnung. Der Entwurf wurde der AfD-Fraktion zur Stellungnahme zugeleitet.

Ab einer bestimmten Zahl von belegten Krankenhausbetten sollen nur noch Geimpfte Zugang zu Restaurants, Hallenbädern oder Clubs haben. Die Regelung soll auch für Jugendliche gelten.



[Jörg Urban](#), AfD-Fraktionsvorsitzender, erklärt:

„Die geplante Diskriminierung von Ungeimpften lehnen wir entschieden ab. Diese willkürliche Einschränkung der Grundrechte verstößt nicht nur gegen das Grundgesetz, sondern auch gegen eine aktuelle Resolution des Europarates. Dort heißt es: Jeglicher Druck auf die Bürger beim Thema Impfen ist zu vermeiden. Die AfD-Fraktion wird gegen diese Impfpflicht durch die Hintertür verfassungsrechtlich vorgehen.“

Besonders fragwürdig ist der Druck auf Jugendliche, die bekanntermaßen so gut wie nicht durch Corona gefährdet sind. Die Ungleichbehandlung von Geimpften und Ungeimpften ist zudem auch deshalb falsch, weil Geimpfte ebenfalls das Virus weitergeben und erkranken können. Durch die weitreichenden Privilegien werden die Geimpften in einer falschen Sicherheit gewogen.

Der Entwurf zeigt außerdem, dass die Staatsregierung immer noch keine langfristige Strategie für ein Leben mit dem Virus hat. Die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen wurde weiterhin nicht geprüft. Staaten wie Großbritannien, die Niederlande und Dänemark machen vor, wie restriktive



Maßnahmen weitestgehend abgebaut werden bei teilweise höheren Inzidenzen als in Deutschland.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/diskriminierung-von-ungeimpften-verstoest-gegen-resolution-des-europarates/>



Neues von der Alternative für Deutschland

PRESSEMITTEILUNGEN vom Wochenende 14./15.8.2021

Asylmoratorium jetzt!

Die Taliban stehen kurz vor der Einnahme Kabuls. Eine Migrationswelle aus Afghanistan steht bevor. Die Spitzenkandidatin der Grünen Annalena Baerbock und andere Politiker fordern die Aufnahme von Flüchtlingen.

Dazu erklärt Alice Weidel, stellvertretende Bundessprecherin und AfD-Spitzenkandidatin:

„Deutschland ist weit davon entfernt, die negativen Auswirkungen der Grenzöffnung von 2015 bewältigen zu können. Arbeitslosigkeit, Kriminalität und sexuelle Gewalt sind Folgen dieser Migrationswelle.

Wir müssen verhindern, dass sich der Kontrollverlust von 2015 wiederholt. Dazu braucht es jetzt ein Asylmoratorium, das Raum für einen Übergang zum Null-Asyl-Modell nach dänischem Vorbild schafft.

Echten Flüchtlingen muss möglichst in ihrer Heimatregion geholfen werden. Wir müssen zuerst an die Sicherheit der deutschen Bürger denken. Das Asylrecht muss daher ausgesetzt, die Grenzen geschützt und Migranten ohne Einreiseerlaubnis zurückgewiesen werden!“

<https://www.afd.de/alice-weidel-asylmoratorium-jetzt/>



Benzinpreise klettern auf 7-Jahres-Hoch, den Grünen reicht das nicht!

Autofahren wird mit Schwarz und Grün immer unbezahlbarer! Laut [aktuellen ADAC-](#)

[Zahlen](#) kletterte der Super-E10-Benzinpreis im Juli auf durchschnittlich 1,547 Euro und damit auf ein Sieben-Jahres-Hoch! Auch beim Diesel sieht es nicht besser aus. Ein wesentlicher Grund dafür ist die Abzocke mit der CO₂-Bepreisung – doch die Grünen wollen noch mehr.

Wenn die Pläne ihrer Kanzlerkandidatin Baerbock umgesetzt würden, müssten sich Autofahrer auf weitere

Preissteigerungen um mindestens 10 Cent pro Liter einstellen – dem vermeintlichen „Klimaschutz“ wird alles untergeordnet. Experten befürchten bei einer Umsetzung der kursierenden Klima-Pläne in naher Zukunft einen Benzinpreis von zwei Euro. Schluss mit dieser Abzocke durch irrationale Klima-Hysterie, Schluss mit CO₂-Abgaben!

<https://www.facebook.com/alternativfuerde/photos/a.542889462408064/4544051305625173/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 16.8.2021

Regierung tritt nächste Migrationswelle los!

Im Juni ging Bundesaußenminister Heiko Maas bei einer Regierungsbefragung noch davon aus, dass Afghanistan im Fall eines Abzugs von US-Truppen und Bundeswehr nicht gleich wieder an die Taliban falle. In der ‚Jungen Freiheit‘ äußere ich mich heute zu dieser Fehleinschätzung:



Entweder überblickte Heiko Maas die reale Lage in Afghanistan nicht. Oder er hat die Öffentlichkeit getäuscht und viel zu spät seine Mitarbeiter und die anderen deutschen Staatsbürger evakuiert. Falls Maas sein Amt weiter ausüben kann, muss er sich dessen erstmals würdig erweisen. Er muss darauf drängen, dass Afghanistans Nachbarstaaten die neue afghanische Regierung im Rahmen einer Konferenz dazu bringen, unkontrollierte Migration zu verhindern und die Handelswege freizuhalten.

Ich äußere mich auch zur Forderung der Bundesrepublik Deutschland und 66 anderer Staaten, die Taliban sollen alle ausreisewilligen Ausländer und Afghanen ausreisen lassen:

Als hätten wir nicht mehr als genug Probleme mit Zuwandererkriminalität und -arbeitslosigkeit, tritt



die Bundesregierung die nächste Migrationswelle los. Offene Grenzen für alle Afghanen wären falsch. Die Bundesregierung muss jetzt dafür sorgen, dass die Grenzen geschützt und Migranten ohne Einreiselegitimation abgewiesen werden.

<https://www.facebook.com/TinoAfD/photos/a.1810210785953853/2593722117602712/>

Bundesregierung muss Grenzschutz veranlassen und sich für Afghanistan-Konferenz einsetzen!

In Afghanistan stehen die Taliban kurz vor der Machtübernahme. Präsident Ghani hat bereits das Land verlassen. Die Spitzenkandidatin der Grünen Baerbock fordert, Deutschland solle Flüchtlinge aus Afghanistan aufnehmen.

Dazu erklärt Tino Chrupalla, Bundessprecher und AfD-Spitzenkandidat für die Bundestagswahl:

„Gemischte Migration ist eine Gefahr für die Bevölkerung. Asylzuwanderer machen bei rund zwei Prozent Bevölkerungsanteil über 13 Prozent der Tatverdächtigen im Bereich der Gewaltkriminalität aus. Einen weiteren Kontrollverlust wie 2015 kann sich Deutschland nicht erlauben. Die Bundesregierung muss für die Sicherheit der deutschen Bevölkerung sorgen und umgehend veranlassen, dass die Bundespolizei die Grenzen lückenlos schützen und Migranten ohne Einreiseerlaubnis abweisen darf.“

Der Siegeszug der Taliban zeigt: Selbst eine Weltmacht kann nicht weltweit für Ordnung sorgen. Die Bundesregierung darf nach ihrem zwanzigjährigen Scheitern in Afghanistan die Afghanen nun aber nicht tatenlos ihrem Schicksal überlassen. Sie muss vielmehr darauf drängen, dass die Nachbarstaaten Afghanistans mit der neuen afghanischen Regierung so bald wie möglich eine Konferenz unter Beteiligung der Vereinten Nationen abhalten. Ziel muss es sein, unkontrollierte Migrationsbewegungen zu verhindern und Handel sowie Transportwege aufrechtzuerhalten.“

<https://www.afd.de/tino-chrupalla-bundesregierung-muss-grenzschutz-veranlassen-und-sich-fuer-afghanistan-konferenz-einsetzen/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 17.8.2021

2015 darf sich nicht wiederholen!

Dutzende Länder, darunter Deutschland, haben die Taliban dazu aufgerufen, alle ausreisewilligen Afghanen und Ausländer ausreisen zu lassen: <https://www.state.gov/joint-statement-on-afghanistan/>

Während der Unions-Kanzlerkandidat Laschet sich gegen eine Aufnahme aller Afghanen in Not ausspricht, rechnet Bundesinnenminister Seehofer mit bis zu fünf Millionen Flüchtlingen und stellt sein Ministerium auf größere Migrationsbewegungen ein.

Die Bundesregierung beweist nun endgültig, dass sie aus den Fehlern von 2015 nichts gelernt hat. Sonst würde sie die Taliban nicht dazu auffordern, die





Schleusen für Migranten in unbekannter Zahl zu öffnen. Die Bundesregierung muss sich auf diplomatischem Weg dafür einsetzen, dass hilfsbedürftigen Afghanen in der Heimatregion geholfen wird. Die einzig wirksame Vorkehrung, die das Bundesinnenministerium gegen Massenmigration treffen kann, ist lückenloser Grenzschutz und konsequente Abweisung aller Migranten ohne Einreiseerlaubnis.

<https://www.facebook.com/aliceweidel/photos/a.1063313067013261/4624325214245344/>

Finger weg von unseren Kindern!



Lange hat die Ständige Impfkommission (STIKO) standgehalten, jetzt hat sie dem Druck der Politiker doch nachgegeben. Bis gestern weigerten sich die Experten der STIKO, für Minderjährige ab 12 Jahren eine Corona-Impfempfehlung auszusprechen. Der Krankheitsverlauf sei bei Kindern und Jugendlichen zumeist ohne Symptome oder mild. Die Impfstoffe seien noch nicht gut genug erprobt, als dass eine Impfung verhältnismäßig und empfehlenswert wäre. Nur für Minderjährige, denen wegen bestimmter Vorbelastungen ein schwerer Krankheitsverlauf droht, gab die STIKO eine Impfempfehlung aus.

Politiker der Union wollten das nicht gelten lassen. Sie übten immer wieder Druck auf die STIKO aus. Am 16. Juli forderte der bayerische Ministerpräsident Söder, es brauche schnell eine Corona-Impfempfehlung für Minderjährige ab 12. Am 30. Juli bedrängte Bundestagspräsident Schäuble die Experten. Und am 2. August setzte sich Bundesgesundheitsminister Spahn über die Expertenposition hinweg und beschloss mit den Gesundheitsministern der Länder ein sog. Impfangebot für alle Minderjährigen ab 12 Jahren.

Mit ihrem selbstherrlichen Agieren machen diese Politiker die Wissenschaft zum bloßen Instrument der Machtpolitik. Sie schämen sich nicht einmal, dies vor aller Öffentlichkeit zu tun. Vor rund einem Monat noch betonte die STIKO ihre Unabhängigkeit und sagte, ihre Empfehlungen erfolgten „unabhängig von Meinungen und Wünschen von Politikern und der pharmazeutischen Industrie.“ Jetzt beugt sie sich genau diesen Wünschen. Und Gesundheitsminister Spahn lobt die STIKO zynischerweise auch noch, als hätte sie ihre Position nicht auf seinen massiven Druck hin geändert.

Von rund 100.000 Toten mit Corona waren nur 24 unter 20 Jahren alt. In einer vom Land Baden-Württemberg finanzierten Studie haben Wissenschaftler der Universitätskliniken von Freiburg, Heidelberg, Tübingen und Ulm gezeigt: Kinder stecken sich mit Corona deutlich seltener an als Erwachsene, der Krankheitsverlauf ist zumeist deutlich milder, die Immunantwort stärker und länger. Obwohl der Krankheitsverlauf mild oder symptomfrei ist, entwickeln genesene Kinder „eine sehr wirksame und anhaltende Immunabwehr gegen neue Coronavirus-Infektionen.“

Die Politik muss aufhören, die Wissenschaft zu unterdrücken und Experten für ihre Zwecke einzuspannen. Eine Impfempfehlung, die unter politischem Druck zustande kommt, ist für Eltern nicht zuverlässig. Finger weg von unseren Kindern!

<https://www.facebook.com/TinoAfD/photos/a.1758788034429462/2594401014201489/>



Alice Weidel zur Afghanistan-Politik der Bundesregierung

Dutzende Länder, darunter Deutschland, haben die Taliban dazu aufgerufen, alle ausreisewilligen Afghanen und Ausländer ausreisen zu lassen: [state.gov](https://www.state.gov)

Während der Unions-Kanzlerkandidat Laschet sich gegen eine Aufnahme aller Afghanen in Not ausspricht, rechnet Bundesinnenminister Seehofer mit bis zu fünf Millionen Flüchtlingen und stellt sein Ministerium auf größere Migrationsbewegungen ein.

Dazu erklärt Alice Weidel, stellvertretende Bundessprecherin und AfD-Spitzenkandidatin für die Bundestagswahl:

„Die Bundesregierung beweist nun endgültig, dass sie aus den Fehlern von 2015 nichts gelernt hat. Sonst würde sie die Taliban nicht dazu auffordern, die Schleusen für Migranten in unbekannter Zahl zu öffnen.

Die Bundesregierung muss sich auf diplomatischem Weg dafür einsetzen, dass hilfsbedürftigen Afghanen in der Heimatregion geholfen wird. Die einzig wirksame Vorkehrung, die das Bundesinnenministerium gegen Massenmigration treffen kann, ist lückenloser Grenzschutz und konsequente Abweisung aller Migranten ohne Einreiseerlaubnis.“

<https://www.afd.de/alice-weidel-zur-afghanistan-politik-der-bundesregierung/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 18.8.2021

Björn Höcke: 3 Gründe, warum mir die Sicherheit der Deutschen wichtiger ist, als die der Afghanen!

1.) Es war von Anfang an ein Fehler, daß sich deutsche Regierungen in die Innenpolitik eines fernen, unserer Kultur und Mentalität so fremden Landes wie Afghanistan eingemischt haben. Weder »Entwicklungshilfe«, noch militärische Intervention oder die Propaganda durch westliche Nichtregierungsorganisationen sind geeignet, dort unsere westlichen Vorstellungen von Zivilisation und Demokratie gegen den Willen einer großen Mehrheit der Bevölkerung zu etablieren. [1]



Es liegt an den Afghanen selbst, ihr Schicksal zu wenden. Wir können von Deutschland aus nicht alle Probleme der Welt lösen.

2.) Aus demselben Grund ist besondere Vorsicht bei der Einwanderung geboten. Wir haben die leidvolle Erfahrung machen müssen, daß sich Menschen aus diesem Kulturkreis schlecht in unsere Gesellschaft integrieren. Der Anteil von Afghanen bei Gewaltverbrechen und bei Verbrechen gegen die sexuelle Selbstbestimmung ist besonders hoch: Mehr als die Hälfte der tatverdächtigen Zuwanderer stammten aus Syrien, Afghanistan und dem Irak. [2]

Mit der unkontrollierten Einwanderung werden menschenverachtende Riten wie Sippenmorde (sogenannte »Ehrenmorde«) importiert, die sich durch die stetig wachsenden Parallelgesellschaften in unserem Land etablieren. Parallelgesellschaften, Sharia-Recht und



kriminelle Clanstrukturen gehören zu den größten Gefahren für unsere freie, demokratische Gesellschaft und unseren Rechtsstaat.

Diese Gefahren in unserem eigenen Land zu bekämpfen, muß die vornehmste Aufgabe einer Regierung sein. Doch an dieser Aufgabe sind die letzten deutschen Regierungen genauso gescheitert, wie am Afghanistan-Krieg.

3.) Desertieren darf sich nicht lohnen. Genauso, wie es keinen guten Grund gibt, daß deutsche Soldaten im fernen Afghanistan für fremde Interessen sterben sollten, gibt es keinen Grund, warum wir der ganzen Welt bedingungslose Angebote für die Einwanderung in unser Sozialsystem machen sollten. Wer wirklich auf der Flucht ist, findet in der Regel auch Schutz in angrenzenden, kulturell näherstehenden Ländern.

Wenn sich Völker nach Freiheit sehnen, bedarf es entschlossener Söhne, die diese Freiheit erstreiten. Wenn Länder durch Kriege zerstört sind, braucht es die vitale Jugend, diese wieder aufzubauen. In den jeweiligen Heimatländern braucht man die jungen kräftigen Afghanen, Syrer oder Iraker dringender, als in den Discos oder städtischen Parks in Deutschland.

Wer nicht jeden unkontrolliert einreisen läßt, muß später auch nicht über Abschiebungen reden.

— — —

[1] Nach einer Studie des Pew Research Center aus dem Jahre 2017 befürworteten 99 % aller Afghanen die Sharia als Staatsgesetzgebung. (<https://www.pewresearch.org/.../muslims-and-islam-key.../>)

[2] <https://www.focus.de/.../entwicklung-seit-2016-straftaten...>
<https://www.facebook.com/Bjoern.Hoecke.AfD/photos/a.1424703574437591/3010028605905072/>

EU rollt neuer Migrationswelle roten Teppich aus

Die EU-Innenkommissarin Ylva Johansson hat bei der Videokonferenz der EU-Innenminister gestern legale Fluchtrouten aus Afghanistan gefordert. Zuvor schon hatte sich der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik einer gemeinsamen Erklärung Dutzender Staaten angeschlossen, in der die Taliban dazu aufgerufen werden, ausreisewilligen Afghanen die Ausreise zu ermöglichen.

Dazu erklärt Tino Chrupalla, Bundessprecher und Spitzenkandidat für die Bundestagswahl:

„Die Europäische Union rollt der nächsten Migrationswelle den roten Teppich aus. Dabei haben die Mitgliedstaaten doch mehrheitlich bekundet, dass sie ein europäisches Asylsystem ablehnen, das auf Umverteilung und Neuansiedlung beruht. Auch die Bundesregierung ist in ihrer Ratspräsidentschaft damit gescheitert, einen Nenner für eine europäische Migrations- und Asylpolitik zu finden.

Die EU tritt eine Migrationsbewegung los, die sie überhaupt nicht auffangen kann. Das ist unverantwortlich und unpatriotisch. Jetzt müssen die Nationalstaaten ihre Grenzen schützen und deutlich bekunden, dass Flüchtlingen aus Afghanistan nur in ihrer Heimatregion geholfen werden



kann!“

<https://www.afd.de/tino-chrupalla-eu-rollt-neuer-migrationswelle-roten-teppich-aus/>

Subventionsbericht zeigt Marktverzerrung durch Klimaplanwirtschaft

Heute verabschiedet das Bundeskabinett den diesjährigen Subventionsbericht. Mit 1,3 Prozent der Wirtschaftskraft gibt der Bund die höchsten Subventionen seit 2009 aus, das bedeutet in der Summe fast eine Verdopplung zwischen 2019 und 2022. Der Bundesfinanzminister begründet die neuerliche Steigerung mit Förderung durch Finanzhilfen des Bundes im Bereich der Klimapolitik.

Dazu erklärt Alice Weidel, stellvertretende Bundessprecherin und AfD-Spitzenkandidatin für die Bundestagswahl:

„42 neu eingeführte Finanzhilfen, eine Verdreifachung der Finanzhilfen in nur drei Jahren, diese Zahlen zeigen, wie die Bundesregierung mit ihrer Klimapolitik den Markt verzerrt. Solche klimapolitischen Marktverzerrungen verwandeln unsere Marktwirtschaft in eine Klimaplanwirtschaft.

Die Folge ist, dass sich Vermieter oder Unternehmer immer stärker an politischen Fehlanreizen orientieren und keine ökonomisch rationale Wirtschaftsrechnung mehr verfolgen können. Indem Klimapolitik der Finanzpolitik und sogar der Geldpolitik übergeordnet wird, laufen wir Gefahr, in einen Klimatotalitarismus abzugleiten.

Die Bundesregierung muss diese Marktverzerrung stoppen und sich endlich wieder am Grundsatz der freien Marktwirtschaft orientieren!“

<https://www.afd.de/alice-weidel-subventionsbericht-zeigt-marktverzerrung-durch-klimaplanwirtschaft/>



Neues von der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

PRESSEMITTEILUNGEN vom 17.8.2021

Bundesregierung muss migrationsmindernde Entwicklungszusammenarbeit mit Zentralasien aufnehmen

Nach dem Fall Afghanistans an die Taliban müssen sich Deutschland und Europa auf eine neuerliche Massenmigration aus Afghanistan einstellen. Als eine erste Sofortmaßnahme, um die Migrationsbewegungen aus Afghanistan zu bremsen, forderte der entwicklungspolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Markus Frohnmaier, eine Wiederaufnahme der Entwicklungszusammenarbeit mit zentralasiatischen Staaten.

„Es ist reichlich absurd: Die Taliban werden nun als neue Machthaber von fast fünf Milliarden Euro deutscher Entwicklungshilfe in den letzten zehn Jahren profitieren. Von deutschen Steuergeldern aufgebaute Infrastruktur werden die Taliban fröhlich in Koranschulen und Kasernen umfunktionieren. Gleichzeitig lässt die Bundesregierung aber die bilaterale staatliche Entwicklungszusammenarbeit mit Staaten wie Turkmenistan, Tadschikistan und Kirgisistan auslaufen. Das ist ein weiterer schwerer strategischer Fehler.

Gerade jetzt müssen wir mit stabileren Staaten in der Region kooperieren, damit möglichst wenige Migranten nach Deutschland kommen. Dies würde übrigens auch die Möglichkeit eröffnen, afghanische Helfer der Bundeswehr nicht in Deutschland, sondern heimatnah in der Region unterzubringen. Ich erwarte, dass Bundesentwicklungsminister Müller sich in den Flieger setzt und so schnell wie möglich mit den Regierungen Zentralasiens die Konditionen für eine migrationsmindernde Entwicklungszusammenarbeit aushandelt.“

<https://afdbundestag.de/frohnmaier-bundesregierung-muss-migrationsmindernde-entwicklungszusammenarbeit-mit-zentralasien-aufnehmen/>

Täter-Opfer-Beziehungen bei Straftaten zeigen traurige Realität der Ausländerkriminalität

Die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage zu Täter-Opfer-Beziehungen bei Straftaten im Jahr 2020 des AfD-Bundestagsabgeordneten Stephan Brandner zeigt drastisch das Ausmaß an Ausländerkriminalität, dem Deutsche zum Opfer fallen. Die Täter sind dabei meist türkischer, syrischer oder afghanischer Herkunft. Auch Polen werden in der Statistik häufig genannt. So wurden 126.841 Fälle aufgelistet, in denen Deutsche Opfer von nichtdeutschen Tätern wurden – in 32.451 Fällen wurden Deutsche Opfer allein von Zuwanderern (beispielsweise Asylbewerbern). Besonders dramatisch zeigt sich die Situation bei den Sexualdelikten, wie Vergewaltigungen und sexuellen Nötigungen: während 508 Fälle gezählt wurden, in denen Ausländer Opfer von Deutschen wurden, kam es gleichzeitig zu 1.842 Fällen, in denen Deutsche Opfer von Ausländern wurden.

Hierzu teilt Stephan Brandner mit:



„Gewaltkriminalität muss insgesamt hart und eindeutig bekämpft werden. Jedoch zeigt die statistische Auswertung der Täter-Opfer-Konstellation deutlich, dass Deutschland ein massives Problem mit Ausländerkriminalität gegen Deutsche hat.

Fast doppelt so häufig wurden Deutsche Opfer von Nichtdeutschen im Bereich der Straftaten insgesamt. Besonders dramatisch ist die Situation bei den Sexualdelikten, wie Vergewaltigungen und sexuellen Nötigungen durch Ausländer gegenüber Deutschen: diese wurden allein im Jahr 2020 1.842 mal zum Opfer einer solchen schrecklichen Tat.

Dabei zeigt die Statistik nur die aufgeklärten Fälle an – über die Dunkelziffer können wir nur spekulieren. 300 Morde oder Totschläge durch Ausländer – davon 82 allein durch Zuwanderer gegenüber Deutschen sprechen eine deutliche Sprache.

Wir dürfen die Augen nicht länger vor Ausländerkriminalität verschließen oder das Thema sogar aus ideologischen Gründen tabuisieren. Für uns als AfD-Fraktion steht fest: der Kuschelkurs muss ein Ende haben. Wir müssen hart durchgreifen, um Kriminalität wirksam zu bekämpfen und Deutschlands Straßen wieder sicherer zu machen.“

<https://afdbundestag.de/brandner-taeter-opfer-beziehungen-bei-straftaten-zeigen-traurige-realitaet-der-auslaenderkriminalitaet/>

Höhere Förderung von Tierwohlställen ist wichtiges Signal für Landwirte

Investitionen in höhere Tierwohlstandards können künftig mit bis zu 80 Prozent gefördert werden. Zudem wird die Förderdauer für Tierwohlmaßnahmen nicht mehr auf sieben Jahre begrenzt, sondern ist ab 2023 unbeschränkt.

Dazu teilt der stellvertretende Agrarpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Wilhelm von Gottberg, mit:

„Die genannten Maßnahmen sind der richtige Weg zu mehr Tierwohl in Deutschland und eine wichtige ökonomische Stütze für viele Landwirte, um in die Tierhaltung zu investieren. Jetzt dürfen die Bundesländer den Tierhaltern keine hohen bürokratischen Hürden auferlegen. Denn Sie tragen nun die hohe Verantwortung, den Tierhaltern eine gesellschaftliche sowie finanzielle Perspektive zu geben und die Tierhaltung in Deutschland zu halten, um den Verbrauchern auch weiterhin regionale Produkte wie Milch und Fleisch anbieten zu können.“

<https://afdbundestag.de/von-gottberg-hoehere-foerderung-von-tierwohlstaellen-ist-wichtiges-signal-fuer-landwirte/>

Es gibt kein „Entgegenkommen“ bei der Gesundheit unserer Kinder

Zur Impfpfempfehlung der Ständigen Impfkommission (Stiko) für 12- bis 17-Jährige teilt der familienpolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Martin Reichardt, mit:

„Damit ist das letzte Gremium, das sich auf die Wissenschaft beruft, das neutral den Nutzen und die Risiken der Impfung für Kinder abgewogen hat, vor dem wochenlangen Druck der Politik eingeknickt.

Wer die Entwicklung in Deutschland verfolgt hat, der weiß, nicht die Wissenschaft und die Medizin geben der Politik die Empfehlung für überlegtes Handeln, nein die Regierung schreibt der Wissenschaft vor, welche Empfehlung sie erwartet.



Es gibt kein ‚Entgegenkommen‘, wenn es um die Gesundheit unserer Kinder geht. Kinder sind keine Treiber der Pandemie. Laut den Zahlen der Deutschen Gesellschaft für Pädiatrische Infektiologie sind von 14 Millionen Kindern und Jugendlichen in Deutschland etwa 1200 (ca. 0,01 Prozent) mit einer SARS-CoV-2-Infektion im Krankenhaus behandelt worden, vier an ihrer Infektion verstorben (< 0.00002 Prozent).

Kinder haben also keinen medizinischen Nutzen von der Impfung. Das Risiko aber etwa für Jungen, nach der Impfung an einer Herzmuskelentzündung zu erkranken, liegt bei 1:16.000.

Wissenschaft und Medizin müssen unabhängig und neutral sein, dafür steht die AfD-Fraktion.“
<https://afdbundestag.de/reichardt-es-gibt-kein-entgegenkommen-bei-der-gesundheit-unserer-kinder/>

Katastrophales Krisenmanagement der Bundesregierung gefährdet Menschenleben

Zur aktuellen Situation in Afghanistan und zur Evakuierungsoperation der Bundeswehr in Kabul erklärt der verteidigungspolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Rüdiger Lucassen:

„Die Rettung deutscher Staatsbürger aus lebensbedrohlichen Lagen ist selbstverständlicher Auftrag der Bundeswehr. Unsere Fraktion unterstützt diese Operation selbstverständlich. Das Zögern des Außenministeriums führte nun dazu, dass die deutschen Evakuierungskräfte viel zu spät starteten. Eine geordnete und sichere Rettung aus Kabul wird immer schwieriger. Ich hoffe, dass dieser Fehler keine Menschenleben kosten wird.

Wenn der letzte Deutsche in Sicherheit gebracht ist, werden wir den 20jährigen Einsatz in Afghanistan politisch aufarbeiten und uns mit den absehbaren Folgen des Afghanistan-Desasters, wie einer erneuten Massenflucht nach Europa, beschäftigen. In der Sondersitzung des Verteidigungsausschusses am kommenden Mittwoch werden die Fehler der Bundesregierung bei der jetzigen Evakuierung bereits thematisiert. Jetzt allerdings gilt es, die Evakuierungskräfte mit allem zu unterstützen, was sie brauchen und den eingesetzten Soldaten viel Erfolg zu wünschen.“
<https://afdbundestag.de/lucassen-katastrophales-krisenmanagement-der-bundesregierung-gefaehrdet-menschenleben/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 18.8.2021

Entscheidung von Karlsruhe zum hohen Zinssatz bei Steuernachzahlungen ist richtig und wichtig

Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, dass die Zinsen für Steuererstattungen und Steuernachzahlungen von sechs Prozent pro Jahr angesichts der noch immer anhaltenden Niedrigzinsphase seit 2014 verfassungswidrig sind. Es ordnet eine rückwirkende Korrektur ab 2019 an. Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag hatte bereits 2018 unter der Federführung des Abgeordneten Stephan Brandner einen Gesetzentwurf (Drs. 19/5491) vorgelegt, der den verfassungswidrigen Zustand beenden sollte. Dieser sah vor, die Höhe des Zinssatzes an den Basiszinssatz des Paragraph 247 BGB zu koppeln und durch einen Aufschlag zu ergänzen, sodass eine zukunftssichere Flexibilisierung stattfindet. Er wurde von sämtlichen anderen Fraktionen abgelehnt.



Hierzu erklärt der AfD-Bundestagsabgeordnete und Justiziar der Fraktion, Stephan Brandner:

„Es ist richtig und wichtig, dass das Bundesverfassungsgericht diesen verfassungswidrigen Zustand endlich beendet hat und beschämend, dass sämtliche anderen Fraktionen im Bundestag sowie die Bundesregierung es so weit kommen ließen, statt selbst tätig zu werden und unserem Gesetzentwurf zuzustimmen. Und jetzt: Millionenerstattungen an die Steuerbürger – dank der AfD-Bundestagsfraktion! Einmal mehr hätte man nur auf die AfD-Fraktion hören müssen, um eine verfassungskonforme, bürgerfreundliche und zukunftssichere Politik zu machen.“

<https://afdbundestag.de/brandner-entscheidung-von-karlsruhe-zum-hohen-zinssatz-bei-steuernachzahlungen-ist-richtig-und-wichtig/>

Brüssel ist beim Thema Afghanistan abgetaucht

Zur aktuellen Situation in Afghanistan herrscht in Brüssel Schweigen. Dazu äußert sich der AfD-Bundestagsabgeordnete und Mitglied im EU-Ausschuss Siegbert Droese:

„Wo sind die sonst so meinungsstarken Eurokraten Ursula von der Leyen und Josep Borrell? Haben sie nichts zu Afghanistan zu sagen? Pausenlos propagieren diese Funktionäre der EU die große Rolle der EU als selbsternannter Global Player und gerieren sich als hehre Verteidiger der sogenannten europäischen Werte. Werte, die anderswo überhaupt keinen Wert besitzen.“

Der Abzug der – gar nicht so internationalen – internationalen Gemeinschaft aus Kabul ist auch eine Bankrotterklärung der sogenannten westlichen Wertegemeinschaft. Eine Truppe von einigen Tausend Taliban besiegt den Nato-Verbündeten Afghanistan und führt die Nato vor. Die Idee einer EU-Armee – unter Führung Macrons – ist am Hindukusch ebenso kläglich gescheitert. Die EU spielt weder am Hindukusch noch sonst wo auf der Welt außer in Brüssel und Straßburg eine bedeutende Rolle.“

<https://afdbundestag.de/droese-bruessel-ist-beim-thema-afghanistan-abgetaucht/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 19.8.2021

USA verteilen Afghanen in die Welt

Berlin, 19. August 2021. Vor dem Hintergrund der laufenden US-Evakuierungsmaßnahmen in Afghanistan erklärt der außenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Armin-Paul Hampel:

„Die Politik in Deutschland und allen voran Noch-Außenminister Maas verwalten und diskutieren die Folgen ihrer verfehlten Afghanistanpolitik in einer unsäglichen und unprofessionellen Art. Händeringend werden Schuldige gesucht, um von der eigenen Verantwortung abzulenken. Die USA dagegen schaffen Fakten. US-Außenminister Blinken und seine Stellvertreterin Frau Nuland sind aktuell erfolgreich dabei, zuerst fast nur ihre eigenen Staatsangehörigen auszufliegen.“

Die afghanischen Ortskräfte sollen dann folgen, wenn das noch möglich sein wird. Und diese sollen ausgeflogen und in der gesamten Welt verteilt werden. Dutzende Staaten auf dem Balkan und in Afrika, darunter zum Beispiel Kosovo, Albanien oder Uganda, werden seit Tagen und mit Erfolg gebeten, Afghanen zumindest zeitweise aufzunehmen. Man wird sehen, wie lange dieses ‚zeitweise‘ dauern wird, denn die USA werden sehr genau prüfen, wen sie wirklich in ihr Land



lassen. Klar ist damit, auch unter US-Präsident Biden verfolgen die USA konsequent ihre eigenen nationalen Interessen: America first! Und es liegt auf der Hand, wo dann letztendlich die auf dem Balkan gestrandeten Afghanen hinwollen: in die Europäische Union und nach Deutschland. Und das gilt es zu verhindern!“

<https://afdbundestag.de/hampel-usa-verteilen-afghanen-in-die-welt/>

Keine Aufnahme von afghanischen Flüchtlingen in Deutschland

Zur Diskussion über eine Aufnahme von Flüchtlingen aus Afghanistan in Deutschland teilen die Vorsitzenden der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Alice Weidel und Alexander Gauland, sowie der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Tino Chrupalla und der verteidigungspolitische Sprecher Rüdiger Lucassen mit:

„Wir lehnen eine Aufnahme von Flüchtlingen aus Afghanistan in Deutschland ab. Das Jahr 2015 darf sich nicht wiederholen. Es darf keine massenhafte unkontrollierte Einwanderung von Migranten in unser Land geben.

Wir fordern die Bundesregierung auf, mit den Nachbarstaaten Afghanistans Gespräche über eine heimatnahe Aufnahme von Afghanen zu führen, die ihr Land verlassen wollen oder müssen. Wir wenden uns entschieden gegen jeden Versuch der Bundesregierung – sei es im Alleingang oder auf europäischer Ebene – sogenannte ‚sichere Fluchtrouten‘ einzurichten, um Afghanen nach Deutschland zu holen.

Davon ausgenommen werden darf lediglich der zahlenmäßig eng begrenzte Kreis der Ortskräfte, wenn diese nachweislich für die Bundeswehr gearbeitet haben und ihre Identität von den deutschen Behörden zweifelsfrei festgestellt werden kann.

Was nicht geht, ist die Ausdehnung der Ortskräfte-Regelung auf weitere Personengruppen wie beispielsweise afghanische Mitarbeiter deutscher Nicht-Regierungsorganisationen oder die Einladung von afghanischen Akteuren der sogenannten Zivilgesellschaft nach Deutschland. Auch in diesen Fällen ist eine heimatnahe Unterbringung in den Nachbarländern anzustreben.“

<https://afdbundestag.de/weidel-gauland-chrupalla-lucassen-keine-aufnahme-von-afghanischen-fluechtlingen-in-deutschland/>

Deutsche Soldaten sofort aus Mali abziehen

Der stellvertretende Vorsitzende der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Peter Felser, fordert, aus dem Drama in Afghanistan zu lernen und deutsche Soldaten umgehend aus Mali abzuziehen.

Er erklärt hierzu:

„Ich fordere die Bundesregierung auf, sofort mit der französischen Regierung, dem EU-Parlament und den Vereinten Nationen eine Exitstrategie auszuhandeln und beide Missionen in Mali – MINUSMA und EUTM Mali – zu beenden.

Das Leben unserer Soldaten ist zu wertvoll, um es für die Abenteuer und Interessen anderer Nationen einzusetzen. Beide Missionen in Mali müssen beendet werden. Allein in diesem Jahr gab es in Mali bereits zwei Putsch und die Lage bleibt unübersichtlich und instabil. Die Einsätze der deutschen Soldaten werden gefährlicher, sinnloser und teurer. Ende Juni wurden 12 deutsche Soldaten zum Teil schwer verletzt.



Ein weiteres militärisches Desaster ist niemandem zu erklären, der bei Verstand ist. Wie sollen ca. 1.000 Bundeswehrsoldaten die örtliche Instabilität oder Flüchtlingsströme nach Deutschland verhindern helfen? Die Bundesregierung muss aus Afghanistan lernen und nicht in ein weiteres Fiasko schlittern.

Merkels Militäreinsätze, die weder deutschen Interessen dienen noch realistische politische Ziele verfolgen, sind ein unverzeihliches Debakel.“

<https://afdbundestag.de/felser-deutsche-soldaten-sofort-aus-mali-abziehen/>

Video-Empfehlungen

Kanal der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag

Alle Videos der Fraktion finden Sie hier:

<https://www.youtube.com/channel/UCVXqMg5NOK5z8dwtzqRcMNq/videos>

Kanal der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Alle Videos der Fraktion finden Sie hier:

https://www.youtube.com/channel/UC_dZp8bZipnjntBGLVHm6rw/videos

Kanal von AfD Kompakt TV

Wochenendpodcast der AfD

<https://afdkompakt.de/podcast/>

AfD im EU-Parlament

Alle Videos der AfD-Fraktion im EU-Parlament finden Sie hier:

<https://www.youtube.com/c/AfDimEUParlament/videos>



Meldungen aus Deutschland und der Welt

Vermischtes aus Deutschland und der Welt

Die Taliban sind in Kabul

<https://www.nzz.ch/international/afghanistan-die-taliban-sind-in-kabul-id.1640521>

Einmarsch der Taliban: Chaotische Szenen in Kabul – Trump fordert Biden zum Rücktritt auf

<https://www.epochtimes.de/politik/ausland/einmarsch-der-taliban-chaotische-szenen-in-kabul-trump-fordert-biden-zum-ruecktritt-auf-a3581053.html>

Afghanistan-Desaster: Massive Kritik an Joe Biden

<https://www.oe24.at/welt/afghanistan-desaster-schwere-vorwuerfe-an-joe-biden/488110365>

Taliban erbeuten massenweise US-Waffen

<https://www.oe24.at/welt/taliban-erbeuten-massenweise-us-waffen/488021208>

Jetzt beginnt wieder die Hölle für Mädchen und Frauen unter der Taliban-Herrschaft

<https://www.tichyseinblick.de/kolumnen/aus-aller-welt/afghanistan-kabul-die-hoelle-fuer-maedchen-und-frauen-unter-taliban-herrschaft/>

„Biden gab Taliban grünes Licht“

https://www.achgut.com/artikel/biden_gab_taliban_gruenes_licht

Informationen zum Coronavirus

Robert Koch-Institut: COVID-19-Dashboard

<https://experience.arcgis.com/experience/478220a4c454480e823b17327b2bf1d4>

Johns Hopkins Universität: COVID-19-Dashboard

<https://gisanddata.maps.arcgis.com/apps/opsdashboard/index.html?fbclid=IwAR1YrifY296A08qQRaG58QD1QjNtpCUDVQJ2eC0qMURm1WtQkUJQQ9Hjx2Gg#/bda7594740fd40299423467b48e9ecf6>

Aktuelle Belegungssituation intensivmedizinischer Bereiche der Krankenhaus-Standorte Deutschlands

<https://www.intensivregister.de/#/intensivregister?tab=kartenansicht>

Über 10.000 „Impfdurchbrüche“ – RKI fordert PCR-Tests für Geimpfte mit Symptomen

<https://www.epochtimes.de/politik/deutschland/erkrankt-trotz-corona-impfung-rki-fordert-pcr-tests-fuer-geimpfte-mit-symptomen-a3578651.html>

Medizinischer Leichtsinn pur: Corona-»Impfung« im Supermarkt

<https://www.tichyseinblick.de/meinungen/medizinischer-leichtsinn-pur-corona-impfung-im-supermarkt/>



Corona-Infos für Sachsen

Sächsische Corona-Schutz-Verordnung

<https://www.coronavirus.sachsen.de/amtliche-bekanntmachungen.html>

Corona-Schutz-Verordnungen und Informationen für den Landkreis Bautzen

<https://www.landkreis-bautzen.de/corona-pandemie-im-landkreis-bautzen.php>

Corona-Statistik Landkreis Bautzen

https://www.google.com/maps/d/viewer?mid=1bMZYK_32xIQP_b-kkGdeBijXTmn-qkAt&ll=51.2527260461296%2C14.289679554517463&z=9

Unschöne Nachrichten ... aus der Kategorie „Bereicherung“

SCHLÄGEREI MIT POLIZISTEN: STRAFE FÜR DIE PRÜGEL-BRÜDER

<https://www.tag24.de/justiz/gerichtsprozesse-dresden/schlaegerei-mit-polizisten-strafe-fuer-die-pruegel-brueder-2082882>

Clan-Mitglieder verprügeln Friedhof-Chef, weil ihre Autos nicht auf Friedhof durften

https://www.focus.de/panorama/welt/bei-beerdigung-clan-mitglieder-verpruegeln-friedhofs-chef-nachdem-sie-nicht-auf-friedhof-fahren-durften_id_16028235.html

Aldi-Filiale in Köln überfallen! Mann mit Messer nimmt Frau als Geisel

<https://www.rtl.de/cms/aldi-filiale-in-koeln-ueberfallen-mann-mit-messer-nimmt-frau-als-geisel-4816984.html>



Fakten in Bildern

Ein Angebot kann man
annehmen oder
ablehnen.

Das kann klug oder
dumm sein. Womöglich
verpasst man damit
eine Chance.

Wenn man für dessen
Ablehnung aber
sanktioniert wird,
war es kein Angebot.

Sondern Erpressung.

Deutschland kurz
erklärt:
Currywurst in
Kantinen verbieten,
aber I*m*pflinge
mit Bratwurst
locken.

Verwechslungsgefahr!!

Trümmerfrau



Holt das Land aus
Schutt und Asche

Trümmerfrau



Legt das Land in
Schutt und Asche



Achtung Satire!

.. ernste Dinge mit einem kleinen Augenzwinkern betrachtet, denn das Lachen lassen wir uns niemals verbieten!



Eine Brigade der Bundeswehr befindet sich bereits auf dem Weg nach Afghanistan um Kabul von den Taliban zurückzuerobern





Kommunalmandate im KV Bautzen

Alle gewählten Mandatsträger des Kreisverbandes Bautzen finden Sie unter:

<http://www.afdbautzen.de/kommunalpolitik/>

PRESSE-ARCHIV

<http://www.afdbautzen.de/pressearbeit/blaue-post-bautzen/>

<http://www.afdbautzen.de/pressearbeit/blauer-rundbrief/>

SPENDENKONTO

AfD Kreisverband Bautzen
IBAN: DE 1685 0503 0002 2578 5552
BIC: OSDDDE81XXX
Ostsächsische Sparkasse

Entscheiden Sie selbst, ob ein Teil Ihrer Steuern besser als Spende beim Verein oder der Partei Ihrer Wahl aufgehoben ist oder beim Bundesfinanzminister!

VIEL SPAß BEIM LESEN UND VERBREITEN!

KONTAKT:

Büro Bautzen
Karl-Marx-Str. 15
02625 Bautzen
03591-5328336
Montag – Freitag
10.00-18.00 Uhr

Büro Hoyerswerda
Friedrichsstr. 9
02977 Hoyerswerda
03571-2096287
Montag: Geschlossen
Di/Mi: 9.00-16.00 Uhr
Do/Fr: 10.00-18.00 Uhr

Büro Kamenz
Klosterstr. 4
03578-7889108
Montag 12.00-18.00 Uhr
Dienstag 10.00-18.00 Uhr
Mittwoch 12.00-18.00 Uhr
Donnerstag 8.00-18.00 Uhr
Freitag 8.00-13.00 Uhr

www.afdbautzen.de
info@afdbautzen.de



AfD-Kreisverband Bautzen